

Wie verändert die Internationalisierung von Politik, Gesellschaft und Ökonomie die liberale Demokratie in Europa? Eine Problemskizze*

Die positiven Aspekte von Internationalisierung in Europa werden heute weithin anerkannt. Gerechtfertigt erscheint dies insbesondere mit Blick auf einige Aspekte internationalisierter Problemlösung. Die Manifestationen und Effekte der fortschreitenden Internationalisierung von Politik, Gesellschaft und Ökonomie sind jedoch vielfältig und widersprüchlich. Zu den problematischen Aspekten gehört die nachhaltige Herausforderung einiger der grundlegenden Prinzipien liberaler Demokratie auf der Ebene der europäischen Nationalstaaten. Der Beitrag beleuchtet im besonderen die Auswirkungen der europäischen Integration, des Aufstiegs globaler Firmen zu politisch relevanten Akteuren, der zwischenstaatlichen Migration, des internationalen Terrorismus (einschließlich der Reaktionen des Staates darauf) sowie des Rechtspopulismus.

Inhalt

1. Einleitung	1120
2. Konzeptuelle Vorklärungen	1122
3. Die restriktiven Effekte der Internationalisierung auf die demokratischen Komponenten liberaler Demokratien	1124
4. Die restriktiven Effekte der Internationalisierung auf die liberalen Komponenten liberaler Demokratien	1129
5. Schlussbetrachtung: Die Zukunft der liberalen Demokratie in Europa und die Herausforderungen der Politikwissenschaft	1131
Literatur	1134

* Den externen und internen Gutachtern der ZPol sei für ihre zahlreichen wertvollen Anregungen herzlich gedankt. Sämtliche möglichen Fehler liegen allein in der Verantwortlichkeit des Autors. Wichtige Vorstudien zu diesem Beitrag entstanden während meiner Zeit als Heisenberg-Stipendiat der Deutschen Forschungsgemeinschaft.

1. Einleitung

Fragen der Internationalisierung von Politik, Gesellschaft und Ökonomie stehen im Zentrum unterschiedlicher politikwissenschaftlicher Diskussionen. Zahlreiche Beiträge widmen sich der Betrachtung und Analyse von Entwicklungen auf der supra- bzw. transnationalen Ebene. Dabei geht es neben der Identifikation relevanter Herausforderungen vor allem um Aspekte internationalisierter politischer Problemlösung (etwa Held/McGrew 2003; Risse/Lehmkuhl 2007). In diesem Beitrag wird eine andere Perspektive entwickelt, deren Schwerpunkt auf den politisch relevanten Effekten liegt, welche die politische, gesellschaftliche und ökonomische Internationalisierung auf die nationalstaatlich verfassten liberalen Demokratien Europas während der vergangenen zwei bis drei Jahrzehnte gehabt hat.¹ Diese Schwerpunktsetzung reflektiert die Einschätzung, dass über einen wesentlichen Teil der politisch-gesellschaftlichen Lebensbedingungen von Menschen in Europa (zumindest faktisch) weiterhin auf der Ebene von Nationalstaaten entschieden wird. Angesichts der beträchtlichen Unterschiede bei der Umsetzung andernorts getroffener Entscheidungen gilt dies sogar für einige der besonders stark „europäisierten“ Politikfelder (Falkner u. a. 2006). In theoretischer Hinsicht steht diese Sichtweise den unterschiedlichen Spielarten des Intergouvernementalismus nahe, welcher die Nationalstaaten – trotz vielfältiger Transformationen von Staatlichkeit (Leibfried/Zürn 2006; Picciotto 2007) – als maßgebliche Akteure und wichtige Arenen politischer Entscheidungsprozesse auch im Zeitalter fortgeschrittener Internationalisierung betrachtet (Moravcsik 1993; 1998; Link 2002).²

Eine Analyse internationalisierungsbedingter Veränderungen setzt eine Verständigung über das in der Literatur sehr unterschiedlich konzeptualisierte Phänomen der Internationalisierung³ voraus. Im hier entwickelten Kontext wird darunter das wachsende innenpolitische Gewicht von außerhalb der jeweiligen nationalstaatlichen Grenzen angesiedelten staatlichen und nicht-staatlichen Akteuren sowie internationalen Institutionen verstanden. Berücksichtigt werden dabei sowohl endogen als auch exogen erzeugte Formen und Effekte der Internationalisierung. Während sich exogene Internationalisierung aus allgemeinen

- 1 Auch bei den dazugehörigen Aspekten des größeren Themas handelt es sich freilich kaum um „weiße Flecken“ der Forschung. Vor allem zu den Auswirkungen der internationalisierten Ökonomie auf den Wohlfahrtsstaat gibt es eine umfangreiche Literatur (etwa Glatzer/Rueschemeyer 2005); ebenso ist die Beschäftigung mit den innenpolitischen Rückwirkungen der europäischen Integration, der „Europäisierung“, in den vergangenen Jahren zu einem Wachstumssektor der internationalen Forschung geworden (etwa Goetz/Hix 2001; Featherstone/Radaelli 2003; Graziano/Vink 2006). Allerdings gibt es bislang kaum Versuche, eine thematisch umfassendere Diagnose relevanter Veränderungen auf der Ebene der nationalstaatlich organisierten liberalen Demokratien in Europa zu formulieren. In der wohl umfassendsten Studie des Forschungsbereichs (Goldmann 2001) geht es weniger um den Einfluss von Internationalisierung auf die Strukturen und Funktionsweise der politischen Systeme europäischer Nationalstaaten als um Fragen von deren Unabhängigkeit und Identität.
- 2 Selbst Autoren, die eine „Zerfaserung von Staatlichkeit“ konstatieren, kommen zu dem Ergebnis, dass der Staat „die zentrale Herrschaftsinstitution“ (Genschel/Zangl 2007: 14) bleibe, seine fortbestehende Zentralität sich allerdings primär aus spezifischen Integrations- und Koordinationsressourcen speise (Genschel/Zangl 2007: 15).
- 3 Vgl. etwa Milner/Keohane 1996a; Goldmann 2001; Tarrow 2005.

Veränderungen auf der Ebene des internationalen Systems (wie beispielweise Entwicklungen technologischer Natur) ergibt, resultiert endogene Internationalisierung aus gezielten Entscheidungen der betroffenen Nationalstaaten selbst (Goldmann 2001: 25-49).

Das speziellere Interesse der Untersuchung gilt der Frage, inwiefern die unterschiedlichen Dimensionen der Internationalisierung (Politik, Gesellschaft und Ökonomie) die liberale Demokratie in den europäischen Nationalstaaten beeinflussen und verändern. Das Ziel besteht dabei weniger in der Formulierung einer Gesamtbilanz der Internationalisierungseffekte auf die liberale Demokratie als vielmehr in einer strikt problemorientierten Bestandsaufnahme, in deren Rahmen die wichtigsten „negativen“ bzw. „restriktiven“ Aspekte der Internationalisierung zu beleuchten sind.

Dabei steht außer Frage, dass einige Dimensionen der Internationalisierung durchaus für eine Stärkung der Prinzipien liberaler Demokratie verantwortlich waren. Zu erwähnen sind in diesem Kontext zunächst der Zuwachs an Freiheit und Rechtssicherheit als Ergebnis politischer bzw. politisch vorangetriebener rechtlicher Internationalisierung. Das gilt ganz besonders für die Gewährleistung von Menschenrechten innerhalb der Europäischen Union (EU), für die in hohem Maße die Arbeit des Europäischen Gerichtshofes und des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte verantwortlich war bzw. ist (Scheeck 2005). Unter dem Stichwort der „politisch-gesellschaftlichen Liberalisierung“ ließe sich auch das Binnenmarktprinzip eindeutig als Zugewinn an persönlich erfahrbare Freiheit der Lebensgestaltung von EU-Bürgern klassifizieren.

Bei allen (im Weiteren zu beleuchtenden) restriktiven Effekten der europäischen Integration auf die Demokratie in den Mitgliedstaaten der EU wäre im Rahmen einer abwägenden Gesamtbilanz der demokratiebezogenen Internationalisierungseffekte ferner in Rechnung zu stellen, dass in Gestalt des Wahlrechts zum Europäischen Parlament (sowie gegebenenfalls europabezogener Referenden) im Zuge der europäischen Integration verschiedene neue Partizipationsrechte hinzugekommen sind. Besonders weitreichend waren zweifellos die längerfristig wirksamen Effekte, welche die Aktivitäten internationaler Akteure (Zaborowski 2005), allen voran die Europäische Union (Grabbe 2006), auf den Zustand der politischen Systeme Mittelost- und Osteuropas entfaltet. Völlig zu Recht wird zu den größten historischen Leistungen des europäischen Integrationsprozesses dessen „konditionalitätsbasierter“ Beitrag zum Aufbau liberal-demokratischer Strukturen in den „Kandidatenländern“ gezählt.⁴ Dieser Umstand ist zugleich ausschlaggebend dafür, dass sich die in diesem Beitrag formulierte Problem diagnose im Kern auf die älteren Demokratien Westeuropas beschränkt. Eine regional umfassendere Bestandsaufnahme muss späteren Arbeiten vorbehalten bleiben. Erste Bilanzen zu den Effekten der politischen Internationalisierung in Gestalt der europäischen Integration nach bzw. seit dem Beitritt der mittelosteuropäischen Staaten zur Europäischen Union deuten jedoch darauf hin, dass die grundlegenden

4 Sadurski (2004); siehe auch: „Fit at 50? A Special Report on the European Union“, in: The Economist, 17.03.07. Entsprechend ernst zu nehmen sind die Warnungen von Autoren, die auf die negativen Effekte der Europäischen Nachbarschaftspolitik gegenüber Ländern wie Georgien oder der Ukraine hinweisen, welche ausdrücklich kein Beitrittsangebot enthält. Vgl. etwa Pridham 2006: 397-400; Lippert 2007; Vobruba 2007.

Entwicklungstendenzen jenen in den älteren Mitgliedstaaten der EU gleichen (Ekiert/Kubik/Vachudova 2007; Zielonka 2007).

Die Themenstellung des Beitrags macht eine Reihe von konzeptuellen Vorklärungen erforderlich, welche Gegenstand des nächsten Abschnittes sind. In den weiteren Teilen der Untersuchung geht es um die Analyse der internationalisierungsbedingten Herausforderungen der liberalen Demokratie und der Demokratieforschung.

2. Konzeptuelle Vorklärungen

Notwendig ist zunächst eine kurze terminologische Verständigung über die „liberale Demokratie“, deren Kontinuität und Wandel im Zentrum der nachfolgenden Betrachtungen stehen. Als liberale Demokratien werden hier Regime bezeichnet, in denen sowohl liberale Elemente (Rechtsstaatlichkeit und institutionalisierte Freiheitsrechte des Einzelnen) als auch genuin demokratische Elemente (institutionalisierte Beteiligungsrechte, insbesondere das Recht zur Beteiligung an Wahlen) in hinreichendem Maße verwirklicht sind.⁵ Gemessen an den teils erheblich divergierenden Auffassungen über das „rechte Maß“ an liberaler Mäßigung der Demokratie durch institutionelle „checks and balances“ besteht bezüglich des als „hinreichend“ erachteten Umfangs demokratischer Beteiligungsrechte auf der Ebene von allgemeinen Wahlen heute weitestgehende Einigkeit. So ist insbesondere unumstritten, dass es innerhalb einer Gruppe von volljährigen Personen mit ansonsten gleichem Status keine Unterschiede in der Behandlung von Männern und Frauen geben soll.⁶

Weitere Differenzierungen wie auch alternative Grundverständnisse des Konzepts der liberalen Demokratie sind freilich möglich. Dazu zählt etwa die gelegentlich energisch angeratene Fokussierung auf die Elemente Freiheit und Gleichheit (etwa Lauth 2004). Diese ist jedoch keineswegs zwingend, wie Barry Holden in seiner grundlegenden Studie „Understanding Liberal Democracy“ zu Recht argumentiert: „[I]n the subsidiary sense the word ‚democracy‘ actually means a system in which equality exists. And this may include social and economic, and not just political, equality. [...] However [...] it is surely more accurate, and certainly less confusing, to regard political equality as a feature – a desirable feature – that is associated with democracy but one which does not form part of the very definition“ (1993: 15, 21).

Nach dem hier zugrunde gelegten Verständnis lassen sich liberale Demokratien alternativ auch als demokratische Verfassungsstaaten oder schlicht als liberal-demokratische Systeme bezeichnen. In ihnen gilt nicht nur das Prinzip des „limited government“ im Sinne einer Begrenzung staatlicher Gewalt gegenüber der Gesellschaft, welche historisch die erste, auf

- 5 In Übereinstimmung mit diesem Verständnis werden politische Partizipationsrechte im Weiteren schlicht als demokratische Elemente bezeichnet.
- 6 Unabhängig davon finden sich in den Wahlrechtsregimen liberaler Demokratien sehr unterschiedliche speziellere Regelungen, etwa über die wahlrechtliche Behandlung von Insassen von Zwangsvollzugsanstalten oder von Personen mit gravierenden mentalen Insuffizienzen (Blais/Massicote/Yoshinaka 2001). Signifikante Unterschiede zwischen einzelnen Ländern bestehen ferner vor allem im Hinblick auf die Existenz und Ausgestaltung plebiszitärer bzw. direktdemokratischer Instrumente (Kaufmann/Waters 2004; Pällinger u. a. 2007).

Konstitutionalisierung von Herrschaft konzentrierte Etappe der Herausbildung der modernen liberalen Demokratie markierte, sondern auch jenes einer „limited democracy“ im Sinne einer gewissen (nicht nur zeitlichen, sondern auch materiellen) Konditionierung von Mehrheitsherrschaft (Powell 2004: 205).

Während über die als wünschenswert oder gar zwingend erachtete Reihenfolge der Etablierung liberaler Elemente einerseits und partizipationsbezogener, demokratischer Elemente andererseits bei der institutionellen Begründung liberaler Demokratien weiterhin keine Einigkeit besteht, ist heute weithin unstrittig, dass die liberale Demokratie auf Dauer beide Elemente benötigt, um gedeihen zu können und dass zumindest kein inhärenter Konflikt zwischen Demokratie und der Herrschaft des Rechts besteht (Carothers 2007: 14 ff.). In der Geschichte politischer Gemeinwesen wie der politischen Ideengeschichte lassen sich vielmehr zahlreiche Belege dafür finden, dass Liberalismus und Demokratie einander potenziell stärken (Plattner 1998).⁷

Bei dem hier zugrunde gelegten Begriffsverständnis geht es offenkundig um eine Bestimmung der liberalen Demokratie aus den strukturellen Unterschieden gegenüber nicht-liberalen bzw. nicht-demokratischen (autoritären oder totalitären) Regimen. Dies geschieht in Abgrenzung zu anders gelagerten Diskursen über die Demokratie, in denen dem Begriff der „liberalen Demokratie“ eine vollständig andere Bedeutung zugemessen wird, etwa in Arbeiten über die Gegenwart und Zukunft der „sozialen Demokratie“. Dort erscheint die „liberale Demokratie“ zumeist als neo-liberaler Gegenentwurf zu einer wohlfahrtsstaatlich geprägten „sozialen Demokratie“ (Streeck 1998: 13, 18). Differenzierungen wie diese liegen außerhalb des Blickfeldes dieser Abhandlung; grundsätzlich gilt, dass die liberale Demokratie als Herrschaftsform offen für sehr unterschiedliche „policy“-bezogene Ausgestaltungen von Staatlichkeit ist.⁸

Mit Blick auf die möglichen Auswirkungen von Internationalisierung auf die liberale Demokratie lassen sich vereinfachend vier Entwicklungsszenarien unterscheiden:

(1) *Stärkung sowohl der liberalen als auch der demokratischen Strukturen*: Dies müsste als „Glücksfall“ der potenziellen Entwicklung der liberalen Demokratie in Europa gelten, welche in Richtung mehr Freiheit, Rechtssicherheit und Partizipation führen würde.

(2) *Schwächung der demokratischen gegenüber den liberalen Elementen*: Die Realisierung dieser Option käme einer historischen Rückwärtsentwicklung der liberalen Demokratie gleich, die in den meisten „alten Demokratien“ des Westens aus einer allmählichen

7 Freilich gibt es Besonderheiten und Ausnahmen. In der jüngeren empirisch ausgerichteten Literatur wurden Spannungen zwischen beiden Elementen vor allem mit Blick auf die Entwicklung der jungen Demokratien Europas diskutiert. So wurde gelegentlich auf die restriktiven Wirkungen einer starken Verfassungsgerechtigbarkeit auf den demokratischen Diskurs und die demokratische Beteiligung in den betroffenen Ländern hingewiesen (Sadurski 2005).

8 Nach dem hier zugrunde gelegten Verständnis handelt es sich bei allen der heute 27 Mitgliedstaaten der Europäischen Union um liberale Demokratien mit freilich gravierenden Unterschieden im Detail. Während sich spezifische Restriktionen hinsichtlich der gesellschaftlichen Verankerung der liberalen Demokratie vor allem in den „jungen Demokratien“ Ostmitteleuropas finden, betreffen die augenfälligsten institutionenbezogenen Abweichungen vom Idealtypus des liberalen Verfassungsstaates noch immer das Vereinigte Königreich, wo es weder ein institutionalisiertes System von Bürgerrechten noch ein vollständig entwickeltes System institutioneller Gewaltenteilung gibt.

Demokratisierung des zunächst lediglich liberalen Verfassungsstaates hervorging. In ihr wären zwar Freiheit und Rechtssicherheit der Bürger gewährleistet, nicht aber eine angemessene demokratische Teilhabe des Volkes an der Macht.

(3) *Schwächung der liberalen Elemente gegenüber den demokratischen Elementen:* Diese Entwicklungsoption wäre kaum weniger problematisch als Szenario Nummer 2. Anders als in der internationalen Demokratisierungsforschung (Zakaira 1997; Diamond 1999) spielt der Typus der „illiberalen Demokratie“ bzw. der „elektoralen Demokratie“ im Rahmen der Beschäftigung mit den etablierten Demokratien keine besonders prominente Rolle. Auch für diese gilt jedoch, dass der politische Willensbildungs- und Entscheidungsprozess in ein System rechtsstaatlicher Garantien eingebettet sein muss, damit demokratische Verfahren politisch bedeutend werden können.

(4) *Schwächung sowohl der liberalen als auch der demokratischen Elemente:* Dies wäre unzweifelhaft das „worst-case-scenario“ der Entwicklung der liberalen Demokratie in Europa. Mit den Werten Rechtsstaatlichkeit, Freiheit und Demokratie stünden gleich mehrere der kostbaren Errungenschaften des demokratischen Verfassungsstaates auf dem Spiel.

Wie eingangs dargelegt, werden im Weiteren ausschließlich jene internationalisierungsbedingten Herausforderungen und Entwicklungen behandelt, die aus demokratietheoretischer Perspektive als problematisch gelten können.

3. Die restriktiven Effekte der Internationalisierung auf die demokratischen Komponenten liberaler Demokratien

Die *Internationalisierung der Politik* betrifft die Mitgliedstaaten der EU am unmittelbarsten in Form der europäischen Integration und deren Rückwirkungen, der „Europäisierung“, auf welche die Behandlung der restriktiven Effekte hier beschränkt bleiben soll. Im Rahmen dieser Analyse wird die europäische Integration als überwiegend endogen, d. h. von den betroffenen Nationalstaaten selbst herbeigeführte Ausprägung von Internationalisierung begriffen. Weithin unbestritten (und davon unberührt) ist der Umstand, dass die europäische Integration bzw. Politik in der Europäischen Union als spezielle Form von Internationalisierung – nicht nur hinsichtlich ihrer regional begrenzten Reichweite, sondern auch in struktureller und funktionaler Hinsicht – abzugrenzen ist von weiter reichenden Konzepten der Globalisierung (Mayntz 2001: 30 f.).

Ausmaß und Dimensionen des „europäischen Demokratiedefizits“ sind seit vielen Jahren umstritten. Gravierend unterschiedliche Auffassungen bestehen dabei vor allem hinsichtlich der demokratischen Qualität politischer Entscheidungsprozesse auf der supra- bzw. transnationalen europäischen Ebene.⁹ Daran gemessen herrscht über die restriktiven Rückwirkungen der europäischen Integration auf die Demokratie in den Mitgliedstaaten der EU ein breiter internationaler Konsens. Freilich gibt es auch auf dieser Ebene sehr unterschiedlich weit reichende Defizitdiagnosen.

9 Vgl. für grundlegend unterschiedliche Positionen exemplarisch Majone (1998) und Moravcsik (2002) einerseits und Follesdal/Hix (2006) andererseits.

Peter Mair hat vor kurzem die provokante These vertreten, dass die im Kern undemokratische Art und Weise des Regierens auf der europäischen Ebene dafür verantwortlich sei, dass die Demokratie auch in den Nationalstaaten an Boden verliere: „[B]ecause democratic decision-making proves marginal to the working of the European polity at the supranational level, it also tends to lose its value in the working of the various component polities at the national level. It is in this sense that, through Europe, European citizens learn to live with an absence of effective participatory or input-oriented democracy“ (2007: 14). Diese These reicht von ihrer Sprengkraft her weit über andere Problemdiagnosen hinaus, denen überwiegend die (stillschweigende) Annahme zugrunde liegt, dass Bürger ein ernsthaftes Interesse an einer Erweiterung und Stärkung demokratischer Beteiligungsrechte haben, welches durch augenscheinliche Defizite des EU-Systems nicht gleichsam gelähmt, sondern vielmehr strukturell herausgefordert und mobilisiert wird. So brisant die Argumentation Mairs in theoretischer Hinsicht ist, so schwach und angreifbar bleibt bis auf Weiteres ihre empirische Basis.

Weitgehender Konsens besteht hingegen darüber, dass die europäische Integration zu einer Schwächung der Parlamente gegenüber bzw. zugunsten der Exekutive führt (Kassim 2005: 297 f.; Börzel/Sprungk 2007) – eine Entwicklung, die sich als Ent-Demokratisierung in Gestalt von Ent-Parlamentarisierung klassifizieren lässt. Zu den im engeren Sinne institutionellen Europäisierungswirkungen auf die nationalstaatlichen Parlamente gehören der Transfer legislatorischer Kompetenzen nach Brüssel und Straßburg ebenso wie die zeitliche und administrative Überlastung der Parlamente durch die Flut an EU-Vorlagen. Diese Effekte werden in der Praxis ergänzt durch wichtige Sekundäreffekte der europäischen „Gipfeldiplomatie“, darunter nicht zuletzt der erweiterte Informationsvorsprung der Exekutive und das gesteigerte öffentliche Prestige bzw. die erhöhte Sichtbarkeit von Spitzenvertretern der Regierung, die sich auch im Rahmen „rein innenpolitischer“ Auseinandersetzungen als wichtig erweisen können.

Zwar zeigt die vergleichende Forschung, dass es sehr unterschiedliche institutionelle Anpassungspotenziale von Ländern gibt, und dass etwa bundesstaatlich organisierte Systeme (insbesondere solche mit starken zweiten Kammern) in deutlich höherem Maße in der Lage waren, der schleichenden Ent-Parlamentarisierung institutionell entgegenzusteuern als Länder wie Frankreich oder Großbritannien (Schmidt 2005: 764 f.). Am stärksten sind die Parlamente dort, wo weitreichende institutionelle Kompetenzen mit günstigen politischen Bedingungen (wie insbesondere Minderheitsregierungen) zusammenfallen, so exemplarisch in Dänemark (Raunio 2005). Gleichwohl gibt es kein Land, in dem die europäische Integration gemessen am parlamentarischen Beteiligungs- und Kontrollpotenzial in der Innenpolitik vergangener Jahrzehnte zu einer nachhaltigen Stärkung von Parlamenten geführt hätte (wobei durchaus umstritten ist, inwieweit eine Verringerung des europäischen Demokratiedefizits überhaupt auf dem Wege eines Ausbaus parlamentarischer Mitregierungsrechte zu erreichen wäre¹⁰).

10 So argumentiert etwa Arthur Benz, dass eine Stärkung öffentlichkeitsbezogener Instrumente parlamentarischer Kontrolle wie sie traditionell insbesondere das britische House of Commons kennzeichnen, möglicherweise mehr zur Erhöhung der demokratischen Legitimation europäischen Regierens beizutragen haben als ein Ausbau von Instrumenten parlamentarischer Mitregierung wie sie aus der Bundesrepublik, Dänemark oder Italien bekannt sind (Benz 2004: 897).

Die restriktiven Effekte der europäischen Integration auf die Demokratie in den Mitgliedstaaten der EU reichen jedoch über den Einflussverlust nationalstaatlicher Parlamente hinaus. Die fortschreitende Integration führt auch zu einem relativen Bedeutungsverlust von demokratischen Wahlen – nicht in Bezug auf die partei- und personenbezogene Auswahlfunktion, wohl aber im Hinblick auf deren Bedeutung als Entscheidungsmechanismus über alternative Politikprogramme. Dafür ist zum einen das wachsende Gewicht „nicht-majoritärer Institutionen“ im europäischen Entscheidungssystem verantwortlich, die dem demokratischen Prozess bewusst entzogen sind. Für die Parteien ist damit eine Reduzierung ihrer „Politikinstrumente“ und ihres „Politikrepertoires“ verbunden. Zum anderen schlägt sich die integrationsbedingte Harmonisierung von Politiken in einer Verringerung des „policy space“, der programmatischen Differenz zwischen konkurrierenden Parteien, nieder (Mair 2007: 13 f.).

Ernstzunehmende Gefahren drohen der Demokratie aber – zweitens – auch aus ganz anderer Richtung, nämlich vonseiten der *Internationalisierung der Ökonomie*. Den in unserem Zusammenhang wichtigsten Aspekt dieser Entwicklung verkörpert die signifikante Zunahme der Macht global agierender Großunternehmen. Sie ist ihrerseits vor allem ein Ergebnis der Ausbreitung globaler bzw. zunehmend global vernetzter Produktionsmärkte. Obwohl damit für die betroffenen Unternehmen auch spezifische Probleme und Herausforderungen verbunden sind, so insbesondere das Erfordernis erhöhter Flexibilität (Crouch 2003: 201 f.), eröffnen die veränderten Rahmenbedingungen vor allem neue Spielräume. „Internationalization tends to favour mobile capital over immobile firms or labor“ (Milner/Keohane 1996b: 250). Wer mit den arbeitsrechtlichen Rahmenbedingungen, den geltenden Umweltstandards oder, nicht zuletzt, der Höhe der Unternehmensbesteuerung in einem Land nicht zufrieden ist, kann eine Verlagerung von Investitionen und Produktionsstätten in ein anderes Land erwägen (Offe 2003: 14; Crouch 2004: 29) – mit schwerwiegenden sozialen Folgewirkungen. Regierungen nationalstaatlich organisierter Gemeinwesen müssen ein Interesse haben, dies zu verhindern. Lösungen werden nicht selten auf der Grundlage informeller Verhandlungen angestrebt, an deren Ende sogenannte normersetzende, normvertretende oder normvermeidende Absprachen stehen. Der Verzicht auf eine formale, gesetzesrechtliche Regelung hat seinen strukturellen Grund darin, dass aus Sicht des Staates imperative Steuerung in einigen Bereichen zwar faktisch möglich und rechtlich zulässig ist, angesichts des Drohpotenzials der Steuerungsadressaten aber nicht als opportun erscheint. Informelle Verhandlungen erweisen sich freilich für beide Seiten als potenziell vorteilhaft: Während der Staat Anreiz- und Implementationskosten spart, können sich private Verhandlungspartner des Staates mildere Lasten und gegebenenfalls maßgeschneiderte Angebote und Lösungen erhoffen (Grimm 2003: 198).

Mit informellen Verhandlungen zwischen Regierungen und Akteuren des privaten Sektors ist jedoch unweigerlich die Gefahr einer Verletzung zentraler Grundnormen demokratischer Politik verbunden. Zu monieren ist neben der mangelnden Transparenz solcher Verfahren vor allem die strukturelle Schwächung des Prinzips demokratischer Kontrolle. Dieses Problem ist freilich nicht wirklich neu. Es betraf schon die „klassischen“ – tripartistischen – Varianten korporatistischer Interessenvermittlung, für die in der jüngeren Geschichte der Demokratie in Europa vor allem Länder wie Österreich, Norwegen und

Schweden stehen (Armingeon 2002: 153 ff.). Im Gegensatz zu diesen Formen des Korporatismus, der die Interessen von Arbeit und Kapital jedenfalls formal gleichberechtigt berücksichtigt¹¹, kommt bei den jüngeren Erscheinungsformen informeller Verhandlung die Gefahr einer einseitig an den Interessen internationalisierter Unternehmen ausgerichteten Politik des Staates hinzu. Insofern ist mit Blick sowohl auf die „politics“-Ebene wie auf die „policy“-Ebene zugleich eine empfindliche Verletzung des Gleichheitsprinzips (als zentrale Komponente eines konzeptuell erweiterten Verständnisses liberaler Demokratie) zu konstatieren.¹²

Gewissheit über das tatsächliche Ausmaß des Problems können jeweils nur detaillierte Fallstudien geben. Der im Einzelfall verbleibende (autonome) Handlungsspielraum von Regierungen hängt von verschiedenen Faktoren ab. Nicht ohne Bedeutung ist die Größe des öffentlichen Unternehmenssektors in einem Land. Sie kann jedoch nur als eine grobe Orientierungsmarke bezüglich der Beschaffenheit des Handlungskorridors von Regierungen gelten, die im Kontext anderer Variablen zu betrachten ist. Von einigem Gewicht scheinen Aspekte zu sein, die sich am ehesten der Kategorie „kultureller Faktoren“ zurechnen ließen. Dazu gehört insbesondere die tatsächliche Bereitschaft von Unternehmen, von ihrer strukturell vergrößerten Durchsetzungsmacht gegenüber Regierungen auch tatsächlich Gebrauch zu machen (Helms 2006: 90).

Auch die *gesellschaftliche Internationalisierung* – ein dritter Aspekt – konfrontiert die nationalstaatlich organisierten Demokratien in Europa mit beträchtlichen Herausforderungen: Zu denken ist dabei insbesondere an die zwischenstaatliche Migration nach Europa, aber auch innerhalb Europas (Parsons/Smeeding 2006a). Zu den meistdiskutierten Problemen dieses Themenkreises gehört die Immigration von Personen aus Kulturkreisen, die außerhalb der abendländischen Tradition liegen. Als besonders problematisch gilt vielen Betrachtern die Immigration von Muslimen. Im Gegensatz zu den dominanten Positionen in der breiteren öffentlichen Diskussion gewinnt in der jüngeren politikwissenschaftlichen Literatur die Einschätzung an Boden, dass es zwischen dem Islam und der „Demokratie westlicher Prägung“, die aus international vergleichender Perspektive selbst als ein bis in seine Grundannahmen umkämpftes pluralistisches Konstrukt erkennbar wird, keine prinzipiell unüberwindbaren Inkompatibilitäten gibt.¹³

- 11 Als internationales „Vorzeigispiel“ eines Entscheidungssystems, in dem es über einen längeren Zeitraum hinweg nicht lediglich eine formale Gleichberechtigung von Arbeit und Kapital gab, gilt in der international vergleichenden Forschung das „Modell Schweden“ (Abromeit/Stoiber 2006: 213-217; Czada 1993).
- 12 Wie Grimm (2003: 203) zu Recht betont, betreffen die Probleme informeller Verhandlungen zwischen dem Staat und privaten Akteuren nicht nur das Demokratieprinzip, sondern zumindest am Rande auch das Rechtsstaatsprinzip. Der Verzicht auf eine gesetzesrechtliche Regelung führt zu einer Aushebelung des Prinzips der Rechtsbindung der öffentlichen Gewalt; die durch Gesetze erzeugte Verhaltenssicherheit für den Einzelnen und der gerichtliche Rechtsschutz sind bei informellen Absprachen nicht gewährleistet.
- 13 Vgl. Cesari 2004; Anwar 2006; Khan 2007. Insbesondere Ansätze, die die weitgehende Abwesenheit demokratischer Strukturen in stark muslimisch geprägten Ländern primär oder ausschließlich mit dem Faktor Religion bzw. dem spezifischen Verhältnis zwischen Kirche und Staat erklären, halten einer genaueren empirischen Überprüfung nicht stand. Als mindestens so wichtig oder wichtiger erscheinen die Vorherrschaft patriarchalischer Ordnungen und die Wirkung geopolitischer und regionaler Faktoren (Minkenberg 2007).

Internationale Migration darf jedoch nicht nur mit Blick auf die möglichen Effekte studiert werden, die der Zuzug von Angehörigen andersartiger Kulturgruppen auf ein bestehendes liberal-demokratisches Regime hat. Im Rahmen von Analysen der Demokratiequalität politischer Systeme ist ferner zu berücksichtigen, welche demokratischen Qualitäten ein Regime aus Sicht von (legalen) Immigranten besitzt. Angesichts der in den vergangenen Jahrzehnten deutlich gewachsenen Zahl von Immigranten (europäischer und außereuropäischer Herkunft)¹⁴ verfügt heute ein signifikanter Teil der in Europa lebenden Bevölkerung über kein Wahlrecht zu den Vertretungskörperschaften des Aufenthaltslandes, obwohl auch er den Gesetzen des betreffenden Staates unterworfen ist (und über Steuern und Abgaben gegebenenfalls auch die von staatlicher Seite angebotenen Leistungen mitfinanziert). Dadurch wird der Grundgedanke der Demokratie als institutionalisierte Volksherrschaft, bei der das Volk als Summe der Regierten das Recht besitzt, durch Wahlen die Auswahl der Regierenden zu bestimmen, strukturell beeinträchtigt (Pelinka 2003).

Die empirische Dimension der Migration wird ergänzt durch veränderte normative Ansprüche, die heute an die Legitimität politischer Herrschaft im demokratischen Rechtsstaat gestellt werden. Nach Einschätzung einiger Autoren verkörpern diese sogar den eigentlich entscheidenden Impuls für den signifikanten Bedeutungszuwachs migrationsbezogener Themen in der internationalen Demokratieforschung (Geddes 2005: 794; Bauböck 2006: 221). Anders als es auf den ersten Blick scheinen mag, handelt es sich dabei keineswegs um ein „zweitklassiges“ Argument für die ernsthafte Auseinandersetzung mit dem Problem. Vielmehr vereinen sich in den vorherrschenden Vorstellungen von Demokratie schon immer empirische und normative Aspekte, und gerade die globale Ausbreitung und das Überleben der Demokratie unter „demokratiefeindlichen Bedingungen“ speiste sich stets in hohem Maße aus der Kraft normativer Ideen (O'Donnell 2007: 10). Zu Veränderungen der empirischen Dimension kam es in vielen Kontexten jeweils erst im Anschluss an hinreichend signifikante Veränderungen normativer Demokratievorstellungen. Das zeigt nicht zuletzt die Geschichte der Ausbreitung des demokratischen Wahlrechts seit dem Ausgang des 18. Jahrhunderts (Helms 2007: 27-32). Mit speziellerem Bezug auf die jüngeren politischen Entwicklungen in Europa ist ferner daran zu erinnern, dass mit der Etablierung der Prinzipien des Binnenmarktes entsprechende Ansprüche unter EU-Bürgern geradezu institutionell geschürt werden – Ansprüche, die durch die im Zuge der Integration neu hinzugekommenen Beteiligungsmöglichkeiten bei Europawahlen (zumindest bislang) keineswegs in hinreichendem Maße befriedigt werden. Das gilt umso mehr, als nicht nur die grundlegenden Strukturparameter von Wahlen zum Europaparlament, sondern erst recht die Praxis von Europawahlen der Herausbildung einer engen „electoral connection“ im Wege stehen (Hix/Noury/Roland 2007: 26-29; Hix/Marsh 2007).

14 Längst sind auch klassische „Auswanderungsländer“ wie Spanien, Portugal oder Irland zu „Einwanderungsländern“ geworden. Deutschland, Großbritannien, Spanien und Italien liegen hinsichtlich des jährlichen Zustroms von Migranten gar in der weltweiten Spitzengruppe von Einwanderungsstaaten (Guiraudon/Jileva 2006: 281-288). Anders als gelegentlich suggeriert wird, ist die Immigrationsrate in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union jedoch nicht kontinuierlich gestiegen, sondern seit der zweiten Hälfte der neunziger Jahre weitgehend stabil geblieben (Parsons/Smeeding 2006b: 5).

4. Die restriktiven Effekte der Internationalisierung auf die liberalen Komponenten liberaler Demokratien

Hat sich die liberale Demokratie in Europa möglicherweise zu einer Variante fortentwickelt, die im Zuge ihrer Auseinandersetzung mit unterschiedlichen Formen der Internationalisierung Teile ihrer demokratischen Qualitäten eingebüßt hat, ihre liberalen Komponenten hingegen zu schützen oder gar auszuweiten und zu stärken versteht? Angesichts der eingangs beschriebenen Feststellungen über die Liberalisierungswirkungen der Internationalisierung liegt diese Vermutung nahe. Ein genauerer Blick zeigt jedoch, dass es neben „freiheitsförderlichen“ Entwicklungen auch einige Effekte der Internationalisierung gibt, die sich unter dem Stichwort einer (schleichenden) De-Liberalisierung der liberalen Demokratie diskutieren lassen.

Just auf dem Feld der zwischenstaatlichen Migration als Manifestation gesellschaftlicher Internationalisierung, mit der in Gestalt erweiterter Freizügigkeit einige der greifbarsten Liberalisierungseffekte verbunden sind, lassen sich zugleich spezifische Gefahren und Restriktionen ausmachen. Dabei geht es zum einen, aber nicht nur, um mögliche Formen der De-Liberalisierung, die sich als Folge eines Zuzugs von Personen ergeben können, die den Grundprinzipien der liberalen Demokratie – insbesondere dem Prinzip individueller Freiheit – keine hinreichende Wertschätzung entgegenbringen.¹⁵ Daneben sind wiederum auch solche Aspekte zu berücksichtigen, die die Immigranten betreffen. Aus dieser Sicht ließe sich das fehlende Wahlrecht eines Teils der in den europäischen Nationalstaaten lebenden Bevölkerung nicht nur als Beschränkung demokratischer Partizipationsrechte werten, sondern zugleich als eine Einschränkung von deren liberalen Abwehrrechten gegenüber dem Staat bzw. mehrheitsdemokratisch legitimierten Regierungen. Immerhin können von diesem Teil der Bevölkerung selbst Regierungsentscheidungen, die als signifikanter Eingriff in die private Lebensgestaltung und die persönlichen Freiheitsrechte empfunden werden, nicht mit einer entsprechenden Wahlentscheidung sanktioniert werden.

Zumindest quantitativ bedeutender sind zweifellos einige andere Entwicklungen, darunter insbesondere die Bedrohung des internationalen Terrorismus und der zunehmend länderübergreifend organisierten Kriminalität, die sich beide als *pathologische Erscheinungsformen gesellschaftlicher Internationalisierung* bezeichnen lassen. Dabei handelt es sich bei näherer Betrachtung freilich um zwei sehr unterschiedliche Phänomene. Das zentrale Motiv organisierter Kriminalität besteht in dem Streben nach Maximierung materieller Güter. Beim Terrorismus stehen hingegen politische Ziele – konkret die Zerstörung einer bestehenden politischen Ordnung – im Vordergrund. Allerdings gibt es eine Tendenz zur

15 Auf das Individuum bezogene Freiheitswerte nehmen in westlichen Gesellschaftsvorstellungen – zumindest idealtypisch – einen deutlich höheren Stellenwert ein als insbesondere in muslimischen Gesellschaftsverständnissen. Dies mag in der Sicht mancher Beobachter zur Grundlage von Hypothesen einer wertbezogenen „Überfremdung“ liberal-demokratischer Gemeinwesen werden. Indessen gilt freilich, dass auch die liberale Demokratie westlicher Prägung ihre genuin liberalen Qualitäten in der Praxis jeweils aufs Neue zu beweisen hat – unter anderem dadurch, dass sie Zugehörige anderer kultureller Gruppen nicht ausschließlich als Gruppenangehörige, sondern als Individuen betrachtet und behandelt (Fukuyama 2006: 15).

Verwischung der Grenzen: Zum einen beteiligen sich Terroristen zunehmend am internationalen Drogenhandel, um ihre Operationen zu finanzieren; zum anderen nutzen sowohl der Terrorismus als auch transnationale kriminelle Organisationen vom Krieg zerrüttete Staaten als Operationsbasen (Jachtenfuchs 2006: 73 f.). Grenzverwischungen gibt es auch auf der Ebene politischer Reaktionsstrategien auf den internationalen Terrorismus und die organisierte Kriminalität. So tendiert (nicht nur) die EU dazu, „Terrorismus als eine spezifische Form von Kriminalität“ (Kahl 2006: 123) zu betrachten.

Dass internationaler Terrorismus und internationale Kriminalität die Entfaltung eines friedlichen und vertrauensbasierten Zusammenlebens im Geiste liberaler Demokratie beeinträchtigen, wenn nicht gar unmöglich machen, ist so offensichtlich, dass es kaum der Rede wert erscheint. Aber auch das Streben des Staates bzw. quasi-staatlicher Regime nach Gewährleistung von Schutz und Sicherheit vor ebendiesen Bedrohungen ist mit Einschränkungen von zivilen Freiheitsrechten verbunden. Deutlich erweiterte Abhörrechte für polizeiliche Behörden, die Speicherung von persönlichen Daten der Telefon- und Internetkommunikation auch ohne konkretes Verdachtsmoment und dergleichen mehr kennzeichnen heute die Situation in den meisten europäischen Ländern.¹⁶ Dabei ist es keineswegs so, dass konservative Parteien – denen man am ehesten unterstellen würde, für einen Vorrang von „law and order“ einzutreten – an der Spitze entsprechender Initiativen standen. Vielmehr nahmen einige Länder mit sozialdemokratisch geführten Regierungen, darunter nicht zuletzt Großbritannien und Deutschland, eine internationale Vorreiterrolle ein. Die problematische Devise „weniger Freiheit für mehr Sicherheit“ wird dadurch zugespitzt, dass es in vielen Ländern im Zuge der „Privatisierung der inneren Sicherheit“ gleichsam zu einer schleichenden Aushöhlung des staatlichen Sicherheitsversprechens kam (Avant 2005).¹⁷

Zu den *freiheitsgefährdenden bzw. freiheitsfeindlichen Folgeerscheinungen der gesellschaftlichen und ökonomischen Internationalisierung* lässt sich schließlich die Entstehung bzw. Stärkung rechtspopulistischer und rechtsradikaler Strömungen und Akteure rechnen. Die Entstehungs- und Erfolgsbedingungen von Parteien und Bewegungen dieses Spektrums sind freilich komplex und betreffen in hohem Maße die innenpolitische Arena; internationalisierungsbezogene Erklärungen gehören jedoch zum festen Bestand der einschlägigen Forschung. Die Soziologen Dietmar Loch und Wilhelm Heitmeyer qualifizieren autoritäre Entwicklungen sogar ausdrücklich als „Schattenseiten der Globalisierung“ (2001). Gesteigerte Rassismus- und Fremdenfeindlichkeitspotenziale erscheinen dabei als eine mittelbare Folge von gesellschaftlicher Verunsicherung.

Freilich ist es möglich, zwischen unterschiedlichen Gruppierungen zu differenzieren. Während extremistische Gruppierungen dazu neigen, die gesamte Idee der Demokratie infrage zu stellen, wenden sich radikale und populistische Gruppierungen in der Regel „nur“ gegen bestimmte liberale Elemente des Systems, wie etwa den verfassungsrechtlichen Schutz von Minderheiten oder die institutionelle Gewaltenteilung (Mudde 2006: 178). „Das

16 Von Hippel 2005; Wilkinson 2006; Müller/Schneider 2006.

17 Im Windschatten dieser Entwicklungen nahm in den vergangenen Jahren auch aufseiten nicht-staatlicher Akteure wie privater Organisationen und gewerblicher Unternehmen das Interesse an einer Akkumulation privater Daten von Bürgern spürbar zu (Vec 2007: 960).

populistische Modell der [populistischen] Anti-Parteien-Parteien fußt auf der anti-liberalen Annahme, dass der Demos praktisch ohne institutionelle und konstitutionelle Begrenzungen herrschen soll“ (Frölich-Steffen/Rensmann 2005a: 14; Mair 2002: 81).

Der politische Einfluss dieser Parteien auf die Entwicklung der liberal-demokratischen Systeme bleibt umstritten. In den meisten europäischen Ländern betraf die direkte Herausforderung der politischen Ordnung durch radikale Kräfte „lediglich“ die Ebene des öffentlichen politischen Diskurses. In diesem Zusammenhang von einer allgemeinen Tendenz zur De-Liberalisierung des öffentlichen Diskurses zu sprechen, müsste als Übertreibung erscheinen. Unübersehbar ist jedoch der (gemessen an der Gesamtheit öffentlich vertretener Positionen) relative Bedeutungsgewinn anti-liberalen bzw. illiberalen Gedankenguts, dem eine qualitative Beschädigung liberaler, auf Toleranz und Respekt gegründeten Diskurskultur korrespondiert. Deutlich begrenzter blieb der Effekt rechtspopulistischer Parteien und Bewegungen auf der Ebene staatlicher Entscheidungspolitik – ein Umstand, der vor allem etwas mit der in Westeuropa insgesamt sehr geringen Regierungsbeteiligung entsprechender Parteien zu tun hat.¹⁸ Die vielleicht wichtigste Ausnahme bildet das Feld der Immigrationspolitik, auf dem viele Beobachter einen zumindest indirekten Einfluss der rechtspopulistischen Bedrohung auf die Politik der etablierten demokratischen Parteien erkennen (Guiraudon/Jileva 2006: 288; Schain 2006), selbst in einigen Ländern, in denen populistische Parteien nicht einmal parlamentarischen Repräsentationsstatus erlangten. Entsprechende Zusammenhänge wurden auch für die Bundesrepublik, insbesondere im Zusammenhang mit dem umstrittenen „Asylkompromiss“, der Reform des Art. 16 GG vom Dezember 1992, identifiziert (Green 2006: 125).

5. Schlussbetrachtung: Die Zukunft der liberalen Demokratie in Europa und die Herausforderungen der Politikwissenschaft

Es sei noch einmal hervorgehoben: Die im Rahmen dieses Beitrags präsentierten Beobachtungen basieren nicht auf der Einschätzung, dass die Internationalisierung prinzipiell „gefährlich“, „demokratiefeindlich“ oder „freiheitsfeindlich“ sei. Abgesehen von den greifbaren positiven Effekten der Internationalisierung auf die existierenden liberalen Demokratien, von denen einige eingangs bezeichnet wurden, und den problemlösungsbezogenen Chancen von „Globalisierung und Denationalisierung“ (Zürn 1998) gilt, dass die gewachsene Interdependenz und Internationalisierung der globalen Ausbreitung der Demokratie in den vergangenen Jahrzehnten zumindest nicht entgegenstanden bzw. in vielen Fällen deren Durchbruch und Konsolidierung sogar maßgeblich beförderten (Schmidt 2006). Die vorausgegangenen Betrachtungen sind somit als gezielte Problemanalyse zu verstehen, deren

18 Die beiden großen Ausnahmen innerhalb Westeuropas betrafen im vergangenen Jahrzehnt Italien und Österreich. Gemessen am Umfang der öffentlichen Proteste gegen eine Regierungsbeteiligung der FPÖ blieben die greifbaren restriktiven „policy“-Effekte im Hinblick auf Freiheit und Rechtsstaatlichkeit begrenzt. Zum politischen Vermächtnis der Politik der ÖVP/FPÖ- bzw. ÖVP/BZÖ-Koalition gehörte nach Einschätzung von Beobachtern jedoch unter anderem „mehr Rechtsunsicherheit“ (Talós 2006: 240) als Ergebnis einer Schwächung der verfassungsgerichtlichen Normenkontrolle. Weitere einschlägige Analysen finden sich u. a. bei Frölich-Steffen/Rensmann 2005b.

Fokus bewusst auf ausgewählten problematischen Aspekten der Internationalisierung von Politik, Gesellschaft und Ökonomie in Europa liegt.

Aus dieser Perspektive gibt es Anzeichen dafür, dass die multidimensionale Internationalisierung sowohl die demokratischen als auch die liberalen Komponenten der liberalen Demokratie unter Druck setzt. Bei der Mehrzahl der angesprochenen Aspekte handelt es sich um Strukturprobleme. Einige von ihnen erscheinen auch längerfristig als nicht wirklich lösbar. Das gilt etwa für das Spannungsverhältnis zwischen Freiheit und Sicherheit, welches durch die Herausforderungen eines genuin internationalen Terrorismus und einer sich international organisierenden Kriminalität freilich nicht geschaffen wurde, wohl aber eine spezifische Zuspitzung erfahren hat (Hoffmann-Riem 2006; Bußjäger 2007).

Auch die ökonomische Internationalisierung einschließlich der durch sie erzeugten verhandlungsdemokratischen Reflexe stellt eine im Kern unumkehrbare Entwicklung dar, deren Dynamik sich in den kommenden Jahren eher noch intensivieren dürfte. Selbst eine bescheidene Abmilderung der besonders negativen Auswirkungen der ökonomischen Internationalisierung auf den demokratischen Entscheidungsprozess ist an beträchtliche Anstrengungen geknüpft. Im internationalen Kontext betrachtet erscheinen Lösungsvorschläge, die auf die Kraft zivilgesellschaftlicher Akteure bei der Einforderung gemeinwohlverträglicher Unternehmenspolitik vertrauen (van Kersbergen/van Waarden 2004: 163 f.) über ein größeres Kompatibilitätspotenzial zu verfügen als institutionelle Lösungsansätze (Grimm 2003: 208 f.), die bestimmte institutionelle (ferner spezielle politisch-kulturelle) Eigenschaften liberal-demokratischer Systeme voraussetzen, von denen keineswegs alle zur „Grundausstattung“ der europäischen Demokratien gehören.¹⁹

Die internationale Migration innerhalb Europas und nach Europa bleibt eine vor allem innerhalb der Regierungslehre unterschätzte Herausforderung. Zwar sind die „Nebenwirkungen“ anderer Herausforderungen der liberalen Demokratie, wie insbesondere des internationalen Terrorismus, auf die Einstellungen europäischer Bürger zu Fragen der Einwanderung offenbar geringer geblieben als befürchtet (Boswell 2007). Gemessen an der wissenschaftlichen Konjunktur post-nationaler Gesellschaftsentwürfe bleiben die Einstellungen europäischer Bürger zu Fragen der Immigration und Integration von Immigranten jedoch ausgeprägt skeptisch (Citrin/Sides 2006). Selbst gesamtgesellschaftlich akzeptable Lösungen des spezielleren Problems der politisch-gesellschaftlichen Inklusion von Immigranten durch die Gewährung des Wahlrechts dürften nur auf der Grundlage eines breit und geduldig geführten gesellschaftlichen Diskurses erreichbar sein.²⁰

19 Selbst im Umfeld der EU-Forschung mehren sich mittlerweile Ansätze, die darauf zielen, die traditionell stark auf die Kräfte von „institutional engineering“ vertrauenden Strategien zur Bekämpfung integrationsbedingter Demokratiedefizite europäischer Politik durch verhaltensbezogene Reformagenden zu ergänzen. So sieht etwa Schmidt (2005: 772 f.) das mit Abstand wichtigste Reformziel in einer signifikanten Verbesserung der Fähigkeiten europäischer Eliten, den Bürgern ihres Landes die eigentümliche Funktionsweise internationalisierter europäischer Politikgestaltung zu vermitteln.

20 Im Gegensatz zum Entwicklungsstand der Theoriedebatte in der Migrationsforschung, in der aufenthalts- oder auch betroffenenheitsbasierte Wahlrechtsregimemodelle ein beträchtliches Ansehen genießen (Bauböck 2006), dominiert in den meisten europäischen Ländern auf der Ebene von Politik und Gesellschaft bislang eindeutig das Modell des „ethnischen Nationalismus“, nach dem ausschließlich Staatsbürgern (seien sie ansässig oder auch nicht), das Wahlrecht zusteht (Earnest 2003; Waldrauch 2003).

Zu den Auffälligkeiten der Entwicklung der liberalen Demokratie in Europa gehört nicht zuletzt der Umstand, dass viele der in diesem Beitrag beschriebenen Entwicklungen – von der Ent-Parlamentarisierung bis hin zur Einschränkung ziviler Bürgerrechte – seitens der Bevölkerung kaum als schwerwiegende Probleme gesehen werden (Schneider u. a. 2006; Lange 2006: 104). Dies kann, wenn überhaupt, nur auf den ersten Blick als ein positives Zeichen gewertet werden. Eine liberale Demokratie, deren Bürger die strukturelle Aushöhlung ihrer konstitutiven Grundlagen unberührt lässt, erscheint vielmehr in erhöhtem Maße gefährdet.

Gefordert ist nicht nur die Politik, sondern auch die Politikwissenschaft, ganz besonders die Demokratietheorie. Die jüngeren Entwicklungen in der internationalen Demokratietheorie stimmen mit Blick auf das hier gezeichnete Problemszenario nicht besonders optimistisch. Wie unterschiedliche Autoren aufgezeigt haben, herrscht eine auffallende Neigung vor, sich auf ergebnisbezogene Formen der Legitimität („output“-Legitimität) zu konzentrieren, hinter der die Behandlung von durch demokratische Verfahren erzeugter Legitimität („input“-Legitimität) deutlich zurückbleibt (Buchstein 2004: 60; Mair 2006: 26 f.).²¹ Damit wurden im Einzelfall die jüngeren politischen Entwicklungen in Europa und anderswo theoretisch vorgezeichnet, nicht selten aber auch schlicht als gegeben akzeptiert und lediglich nachvollzogen. Selbst wenn es sich als richtig erweisen sollte, dass die Praxis europäischer Demokratie gleichsam unaufhaltbar in Richtung weniger Beteiligung und mehr Beobachtung und Kontrolle verläuft (Rossen-Stadfeldt 2005: 71), bleibt die Demokratietheorie in der Pflicht, die dafür erforderlichen Grundlagen einer gemeinwohlorientierten demokratischen Öffentlichkeit auch in normativer Hinsicht zu bestimmen.

Auch für die empirisch vergleichend ausgerichtete Politikwissenschaft birgt die Internationalisierung spezifische Herausforderungen, die zum Teil bereits identifiziert, bislang aber kaum ansatzweise systematisch „abgearbeitet“ wurden.²² Im Zentrum künftiger Forschungen sollte die Frage stehen, in welchem Maße unterschiedliche Strukturtypen liberaler Demokratie in den Ländern Europas durch den multidimensionalen Prozess der Internationalisierung betroffen sind, welche „Adaptionspotenziale“ unterschiedliche Regime besitzen und worin, aus breiterer vergleichender Perspektive betrachtet, mit Blick auf die Betroffenheit durch und den Umgang mit Internationalisierung das spezifisch „Europäische“ besteht.

Am weitesten entwickelt ist die Diskussion über diese Aspekte in der Europäisierungsliteratur, in der viele Ansätze auf das „goodness of fit“-Paradigma, zum Teil in kritischer

- 21 Vgl. zur analytisch-theoretischen Unterscheidung der „input“- und „output“-Dimension von politischer Legitimität grundlegend Scharpf (1999: 10-21). Nicht übersehen werden sollte, dass auch und gerade Entscheidungen nicht-majoritärer Institutionen, wie insbesondere solche von Gerichten, ein beträchtliches Maß an prozeduraler Legitimität entwickeln können. Einigen Autoren erscheint diese prozedurale Legitimität gar als „a fair and democratic substitute for electoral accountability“ (Thatcher/Stone Sweet 2002: 19).
- 22 Die nachfolgenden Bemerkungen konzentrieren sich auf einige der zentralen inhaltlich-thematischen Herausforderungen. Als wichtigste methodische Herausforderung der Regierungslehre durch Internationalisierungs- bzw. Globalisierungsprozesse erscheint „Galtons Problem“ – die Schwierigkeit, den Anteil „fallimmanenter“ Faktoren an relevanten Entwicklungen im Kontext zunehmend komplexerer Diffusionsprozesse zu ermitteln. Vgl. hierzu statt vieler, mit weiteren Nachweisen, Jahn 2006: 189 f.

Auseinandersetzung mit diesem, konzentriert sind (Mastenbroek 2006; Duina 2007). Dabei wurde die „politics“-Dimension bislang jedoch deutlich weniger intensiv bearbeitet als die Ebene materieller Politik („policy“). Diese im weiteren Sinne auf institutionelle Aspekte konzentrierten Ansätze sind zu ergänzen durch die Einbeziehung weiterer Faktoren wie insbesondere der politischen Kultur. Internationalisierung wird von unterschiedlichen politischen Kulturen unterschiedlich perzipiert und „verarbeitet“. Das gilt für Fragen der nationalen Identität (Goldmann 2001: 107-125), aber auch für speziellere Aspekte wie den gesellschaftlichen und staatlichen Umgang mit grenzüberschreitender Migration (Melotti 2006; Kehrberg 2007). Die Einsichten aus der jüngeren vergleichenden Europäisierungsforschung (etwa Börzel/Sedelmeier 2006) lehren, dass es keineswegs gerechtfertigt ist, beim Studium von Internationalisierungsprozessen von mehr oder minder einheitlichen Betroffenheits- und Adaptionsszenarien unterschiedlicher Länder auszugehen. Strukturelle und funktionale Vielfalt bleibt ein zentrales Kennzeichen europäischer Demokratie auch im Zeitalter fortgeschrittener Internationalisierung.

Literatur

- Abromeit, Heidrun/Stoiber, Michael*, 2006: Demokratien im Vergleich. Einführung in die vergleichende Analyse politischer Systeme, Wiesbaden.
- Avant, Ibrahim*, 2006: Universal Values and Muslim Democracy, in: *Journal of Democracy* 17 (3), 5-17.
- Armingeon, Klaus*, 2002: Interest Intermediation: The Cases of Consociational Democracy and Corporatism, in: Hans Keman (Hrsg.), *Comparative Democratic Politics*, London, 143-165.
- Avant, Deborah D.*, 2005: *The Market for Force: The Consequences of Privatizing Security*, Cambridge.
- Bauböck, Rainer*, 2006: Migration und politische Beteiligung: Wahlrechte jenseits von Staatsgebiet und Staatsangehörigkeit, in: Manfred Oberlechner (Hrsg.), *Die missglückte Integration? Wege und Irrwege in Europa*, Wien, 209-223.
- Benz, Arthur*, 2004: Path-Dependent Institutions and Strategic Veto Players – National Parliaments in the European Union, in: *West European Politics* 29, 875-900.
- Blais, André/Massicote, Louis/Yoshinaka, Antoine*, 2001: Deciding Who Has the Right to Vote: A Comparative Analysis of Election Laws, in: *Electoral Studies* 20, 41-62.
- Börzel, Tanja A./Sedelmeier, Ulrich*, 2006: The EU Dimension in European Politics, in: Paul M. Heywood/Erik Jones/Martin Rhodes/Ulrich Sedelmeier (Hrsg.), *Developments in European Politics*, London, 54–70.
- Börzel, Tanja A./Sprungk, Carina*, 2007: Undermining Democratic Governance in the Member States? The Europeanisation of National Decision-Making, in: Ronald Holzhaecker/Erik Albaek (Hrsg.), *Democratic Governance and European Integration*, Aldershot, 113-136.

- Boswell, Christina*, 2007: Migration Control in Europe after 9/11: Explaining the Absence of Securitization, in: *Journal of Common Market Studies* 45, 589-610.
- Buchstein, Hubertus*, 2004: Demokratie, in: Gerhard Göhler u. a. (Hrsg.), *Politische Theorie: 22 umkämpfte Begriffe zur Einführung*, Wiesbaden, 47-64.
- Bußjäger, Peter*, 2007: Reinventing Leviathan?, in: *Zeitschrift für Politik* 54, 5-20.
- Carothers, Thomas*, 2007: The ‚Sequencing‘ Fallacy, in: *Journal of Democracy* 18, 12-27.
- Cesari, Jocelyne*, 2004: *When Islam and Democracy Meet: Muslims in Europe and the United States*, New York.
- Citrin, Jack/Sides, John*, 2006: European immigration in the people’s court, in: Craig A. Parsons/Timothy Smeeding (Hrsg.), *Immigration and the Transformation of Europe*, Cambridge, 327-361.
- Crouch, Colin*, 2003: Comparing Economic Interest Organizations, in: Jack Hayward/Anand Menon (Hrsg.), *Governing Europe*, Oxford, 197-207.
- Crouch, Colin*, 2004: *Post-Democracy*, Cambridge.
- Czada, Roland*, 1993: Wer hat Macht in Schweden? Strategien der Verbände und Strukturen der Interessenvermittlung, in: Ralf Kleinfeld/Wolfgang Luthardt (Hrsg.), *Westliche Demokratien und Interessenvermittlung. Zur aktuellen Entwicklung nationaler Parteien- und Verbändesysteme*, Marburg, 205-222.
- Diamond, Larry*, 1999: *Developing Democracy: Towards Consolidation*, Baltimore.
- Duina, Francesco*, 2007: Domestic Actors and Europeanization: Why ‚Fit‘ Still Matters, in: *Comparative European Politics* 5, 339-341.
- Ernest, David C.*, 2003: Voting Rights for Resident Aliens: A Comparison of 25 Democracies, Paper prepared for delivery at the 2003 annual meeting of the Northeast Political Science Association and the International Studies Association-Northeast.
- Ekiert, Grzegorz/Kubik, Jan/Vachudova, Milada Anna*, 2007: Democracy in the Post-Communist World: An Unending Quest, in: *East European Politics* 21, 7-30.
- Falkner, Gerda/Treib, Oliver/Hartlapp, Miriam/Leiber, Simone*, 2006: *Complying with Europe: EU Harmonisation and Soft Law in the Member States*, Cambridge.
- Featherstone, Kevin/Radaelli, Claudio* (Hrsg.), 2003: *The Politics of Europeanization*, Oxford.
- Follesdal, Andreas/Hix, Simon*, 2006: Why There is a Democratic Deficit in the EU: A Response to Majone and Moravcsik, in: *Journal of Common Market Studies* 44, 533-562.
- Frölich-Steffen, Susanne/Rensmann, Lars*, 2005a: Populistische Regierungsparteien in Ost- und Westeuropa: Vergleichende Perspektiven der politikwissenschaftlichen Forschung, in: dies. (Hrsg.), *Populisten an der Macht*, Wien, 3-34.
- Frölich-Steffen, Susanne/Rensmann, Lars* (Hrsg.), 2005b: *Populisten an der Macht*, Wien.
- Fukuyama, Francis*, 2006: Identity, Immigration, and Liberal Democracy, in: *Journal of Democracy* 17 (2), 5-20.
- Geddes, Andrew*, 2005: Europe’s Border Relationships and International Migration Relations, in: *Journal of Common Market Studies* 43, 787-806.
- Genschel, Philipp/Zangl, Bernhard*, 2007: Die Zerfaserung von Staatlichkeit und die Zentralität des Staates, in: *APuZ*, B 20-21, 10-16.
- Glatzer, Miguel/Rueschemeyer, Dietrich* (Hrsg.), 2005: *Globalization and the Future of the Welfare State*, Pittsburgh.

- Goetz, Klaus H./Hix, Simon (Hrsg.)*, 2001: *Europeanised Politics? European Integration and National Political Systems*, London.
- Goldmann, Kjell*, 2001: *Transforming the European Nation-State: Dynamics of Internationalization*, London.
- Grabbe, Heather*, 2006: *The EU's Transformative Power: Europeanization through Conditionality in Central and Eastern Europe*, London.
- Graziano, Paolo/Vink, Marten P.*, 2006: *Europeanization: New Research Agendas*, London.
- Green, Simon*, 2006: *Zwischen Kontinuität und Wandel: Migrations- und Staatsangehörigkeitspolitik*, in: Manfred G. Schmidt/Reimut Zohlnhöfer (Hrsg.), *Regieren in der Bundesrepublik Deutschland. Innen- und Außenpolitik seit 1949*, Wiesbaden, 113-134.
- Grimm, Dieter*, 2003: *Läßt sich die Verhandlungsdemokratie konstitutionalisieren?*, in: Claus Offe (Hrsg.), *Demokratisierung der Demokratie*, Frankfurt a. M./New York, 193-210.
- Guiraudon, Virginie/Jileva, Elena*, 2006: *Immigration and Asylum*, in: Paul M. Heywood/Erik Jones/Martin Rhodes/Ulrich Sedelmeier (Hrsg.), *Developments in European Politics*, London, 280-298.
- Held, David/McGrew, Anthony (Hrsg.)*, 2003: *Governing Globalization: Power, Authority and Global Governance*, Cambridge.
- Helms, Ludger*, 2006: *The Changing Parameters of Political Control*, in: *Parliamentary Affairs* 59, 78-97.
- Helms, Ludger*, 2007: *Die Institutionalisierung der liberalen Demokratie: Deutschland im internationalen Vergleich*, Frankfurt a. M./New York.
- Hippel, Karin von (Hrsg.)*, 2005: *Europe Confronts Terrorism*, London.
- Hix, Simon/Noury, Abdul G./Roland, Gérard*, 2007: *Democratic Politics in the European Parliament*, Cambridge.
- Hix, Simon/Marsh, Michael*, 2007: *Punishment or Protest? Understanding European Parliament Elections*, in: *The Journal of Politics* 69, 495-510.
- Hoffmann-Riem, Wolfgang*, 2006: *Freiheit und Sicherheit im Angesicht terroristischer Anschläge*, in: Müller/Schneider 2006, 33-42.
- Holden, Barry*, 1993: *Understanding Liberal Democracy*, New York u. a. (2. Aufl.).
- Jachtenfuchs, Markus*, 2006: *Das Gewaltmonopol: Denationalisierung oder Fortbestand?*, in: Leibfried/Zürn 2006, 69-91.
- Jahn, Detlef*, 2006: *Einführung in die vergleichende Politikwissenschaft*, Wiesbaden.
- Kahl, Martin*, 2006: *Die EU und der Kampf gegen den Terrorismus – die schwierige Balance zwischen Sicherheit und Freiheit*, in: *Sicherheit + Frieden* 24, 123-128.
- Kaufmann, Bruno/Waters, M. Dane (Hrsg.)*, 2004: *Direct Democracy in Europe*, Durham/NC.
- Khan, Muqtedar*, 2007: *Demokratie und islamische Staatlichkeit*, in: *APuZ*, B 26-27, 17-24.
- Kassim, Hussein*, 2005: *The Europeanization of Member State Institutions*, in: Simon Bulmer/Christian Lequesne (Hrsg.), *The Member States of the European Union*, Oxford, 285-316.
- Kehrberg, Jason E.*, 2007: *Public Opinion on Immigration in Western Europe: Economics, Tolerance, and Exposure*, in: *Comparative European Politics* 5, 264-281.
- Keohane, Robert O./Milner, Helen V. (Hrsg.)*, 1996: *Internationalization and Domestic Politics*, Cambridge.

- Lange, Hans-Jürgen*, 2006: Innere Sicherheit und der Wandel von Staatlichkeit, in: Manfred G. Schmidt/Reimut Zohlnhöfer (Hrsg.), *Regieren in der Bundesrepublik Deutschland. Innen- und Außenpolitik seit 1949*, Wiesbaden, 88-112.
- Lauth, Hans-Joachim*, 2004: *Demokratie und Demokratiemessung. Eine konzeptionelle Grundlegung für den interkulturellen Vergleich*, Wiesbaden.
- Leibfried, Stephan/Michael Zürn (Hrsg.)*, 2006: *Transformationen des Staates?*, Frankfurt a. M.
- Link, Werner*, 2002: Die Rolle des Nationalstaats im zukünftigen Europa, in: Michael Meimeth/Joachim Schild (Hrsg.), *Die Zukunft von Nationalstaaten in der europäischen Integration. Deutsche und französische Perspektiven*, Opladen, 311-332.
- Lippert, Barbara*, 2007: Teilhabe statt Mitgliedschaft? Die EU und ihre Nachbarn im Osten, in: *Osteuropa* 57, 69-94.
- Loch, Dietmar/Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.)*, 2001: *Schattenseiten der Globalisierung. Rechtsradikalismus, Rechtspopulismus und separatistischer Regionalismus in westlichen Demokratien*, Frankfurt a. M.
- Mair, Peter*, 2002: Populist Democracy vs. Party Democracy, in: Yves Mény/Yvey Surel (Hrsg.), *Democracies and the Populist Challenge*, London, 81-98.
- Mair, Peter*, 2006: Ruling the Void? The Hollowing of Western Democracy, in: *New Left Review* 42, 25-51.
- Mair, Peter*, 2007: Political Opposition and the European Union, in: *Government and Opposition* 42, 1-17.
- Majone, Giandomenico*, 1998: Europe's Democratic Deficit: The Question of Standards, in: *European Law Journal* 4 (1), 5-28.
- Mastenbroek, Ellen*, 2006: Europeanization Beyond the Goodness of Fit: Domestic Politics in the Forefront, in: *Comparative European Politics* 4, 331-354.
- Mayntz, Renate*, 2001: Politikwissenschaft in einer entgrenzten Welt, in: Christine Landfried (Hrsg.), *Politik in einer entgrenzten Welt*, Köln, 29-47.
- Melotti, Umberto*, 2006: Migration Policies and Political Cultures in Europe: A Changing Trend, in: *International Review of Sociology* 16, 191-208.
- Milner, Helen V./Keohane, Robert O.*, 1996a: Internationalization and Domestic Politics: An Introduction, in: Keohane/Milner 1996, 3-24.
- Milner, Helen V./Keohane, Robert O.*, 1996b: Internationalization and Domestic Politics: A Conclusion, in: Keohane/Milner 1996, 243-258.
- Minkenberg, Michael*, 2007: Democracy and Religion: Theoretical and Empirical Observations on the Relationship between Christianity, Islam and Liberal Democracy, in: *Journal of Ethnic and Migration Studies* 33, 887-909.
- Moravcsik, Andrew*, 1993: Preferences and Power in the European Community: A Liberal Intergovernmentalist Approach, in: *Journal of Common Market Studies* 31, 473-524.
- Moravcsik, Andrew*, 1998: *The Choice for Europe. Social Purpose and State Power from Messina to Maastricht*, Cornell.
- Moravcsik, Andrew*, 2002: In Defence of the 'Democratic Deficit': Reassessing the Legitimacy of the European Union, in: *Journal of Common Market Studies* 40, 603-634.
- Mudde, Cas*, 2006: Anti-System Politics, in: Paul M. Heywood/Erik Jones/Martin Rhodes/Ulrich Sedelmeier (Hrsg.), *Developments in European Politics*, London, 178-195.

- Müller, Erwin/Schneider, Patricia (Hrsg.), 2006: Die Europäische Union im Kampf gegen den Terrorismus: Sicherheit vs. Freiheit?, Baden-Baden.
- O'Donnell, Guillermo, 2007: The Perpetual Crises of Democracy, in: Journal of Democracy 18, 5-11.
- Offe, Claus, 2003: Einleitung. Reformbedarf und Reformoptionen der Demokratie, in: ders. (Hrsg.), Demokratisierung der Demokratie, Frankfurt a. M./New York, 9-23.
- Pállinger, Zoltán Tibor/Kaufmann, Bruno/Marxer, Wilfried/Schiller, Theo (Hrsg.), 2007: Direct Democracy in Europe. Developments and Prospects, Wiesbaden.
- Parsons, Craig A./Smeeding, Timothy (Hrsg.), 2006a: Immigration and the Transformation of Europe, Cambridge.
- Parsons, Craig A./Smeeding, Timothy, 2006b: What's unique about immigration in Europe, in: Parsons/Smeeding 2006a, 1-29.
- Pelinka, Anton, 2003: Demokratie – Weg und Ziel. Zwischen Gleichheit und Differenz, in: Wiener Hefte zu Migration in Theorie und Praxis 1 (1), 45-53.
- Picciotto, Sol, 2007: Internationale Transformationen des Staates, in: Prokla 37, 251-272.
- Plattner, Marc F., 1998: Liberalism and Democracy: Can't Have One Without the Other, in: Foreign Affairs 77, 171-180.
- Powell, G. Bingham, 2004: Liberal Democracies, in: Mary Hawkesworth/Maurice Kogan (Hrsg.), Encyclopedia of Government and Politics, London/New York (2. Aufl.), 205-222.
- Pridham, Geoffrey, 2006: European Union Accession Dynamics and Democratization in Central and Eastern Europe: Past and Future Perspectives, in: Government and Opposition 41, 373-400.
- Raunio, Tapio, 2005: Holding Governments Accountable in European Affairs: Explaining Cross-National Variation, in: Journal of Legislative Studies 11, 319-342.
- Risse, Thomas/Lehmkuhl, Ursula, 2007: Governance in Räumen begrenzter Staatlichkeit, in: APuZ, B 20-21, 3-9.
- Rossen-Stadtfeld, Helge, 2005: Demokratische Staatlichkeit in Europa: ein verblassendes Bild, in: Jahrbuch des öffentlichen Rechts der Gegenwart 53, 45-77.
- Sadurski, Wojciech, 2004: Accession's Democracy Dividend: The Impact of the EU Enlargement upon Democracy in the New Member States of Central and Eastern Europe, in: European Law Journal 10, 371-401.
- Sadurski, Wojciech, 2005: Rights Before Courts: A Study of Constitutional Courts in Post-communist States of Central and Eastern Europe, Dordrecht u. a.
- Schain, Martin A, 2006: The Extreme Right and Immigration Policy-Making: Measuring Direct and Indirect Effects, in: West European Politics 29, 270-298.
- Scharpf, Fritz W, 1999: Governing in Europe: Effective and Democratic?, Oxford.
- Scheeck, Laurent, 2005: The Relationship between the European Courts and Integration through Human Rights, in: Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht 65, 837-885.
- Schmidt, Manfred G., 2006: Die Zukunft der Demokratie, in: ZParl 37, 812-822.
- Schmidt, Vivian A., 2005: Democracy in Europe: The Impact of European Integration, in: Perspectives on Politics 3, 761-779.

- Schneider, Steffen/Nullmeier, Frank/Lhotta, Roland/Krell-Laluhová, Zuzana/Hurrelmann, Achim*, 2006: Legitimationskrise nationalstaatlicher Demokratien?, in: Leibfried/Zürn 2006, 197-229.
- Streeck, Wolfgang*, 1998: Einleitung: Internationale Wirtschaft, nationale Demokratie?, in: ders. (Hrsg.), Internationale Wirtschaft, nationale Demokratie: Herausforderungen für die Demokratietheorie, Frankfurt a. M./New York, 11-58.
- Talós, Emmerich*, 2006: Politik Schwarz-Blau/Orange. Eine Bilanz, in: ders. (Hrsg.), Schwarz-Blau. Eine Bilanz des „Neu-Regierens“, Wien, 226-243.
- Tarrow, Sidney*, 2005: The New Transnational Activism, Cambridge.
- Thatcher, Mark/Stone Sweet, Alec*, 2002: Theory and Practice of Delegation to Non-Majoritarian Institutions, in: West European Politics 25 (1), 1-22.
- Van Kersbergen, Kers/van Waarden, Frans*, 2004: ‚Governance‘ as a bridge between disciplines: Cross-disciplinary inspiration regarding shifts in governance and problems of governability, accountability and legitimacy, in: European Journal of Political Research 43, 143-171.
- Vec, Miloš*, 2007: Freiheit unter Verdacht. Vom Wandel des Staates im Zeichen der Sicherheit, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 51, 957-966.
- Vobruba, Georg*, 2007: Expansion ohne Erweiterung. Die EU-Nachbarschaftspolitik in der Dynamik Europas, in: Osteuropa 57, 7-20.
- Waldrauch, Harald*, 2003: Wahlrechte ausländischer Staatsangehöriger in europäischen und klassischen Einwanderungsstaaten: Ein Überblick, in: Wiener Hefte zu Migration in Theorie und Praxis 1 (1), 55-75.
- Wilkinson, Paul*, 2006: Terrorism versus Democracy: The Liberal State Response, London/New York (2. Aufl.).
- Zaborowski, Marcin*, 2005: Westernizing the East: External Influences in the Post-communist Transformation of Eastern and Central Europe, in: Journal of Communist Studies and Transition Politics 21, 16-32.
- Zakaira, Fareed*, 1997: The Rise of Illiberal Democracy, in: Foreign Affairs 76 (6), 22-43.
- Zielonka, Jan*, 2007: The Quality of Democracy after Joining the European Union, in: East European Politics and Societies 21, 162-182.
- Zürn, Michael*, 1998: Regieren jenseits des Nationalstaates: Globalisierung und Denationalisierung als Chance, Frankfurt a. M. (2. Aufl.).

Korrespondenzanschrift:

Prof. Dr. Ludger Helms
Senior Research Professor
Department of International Relations
Webster University, Vienna Campus
Berchtoldgasse 1
A-1220 Wien
E-Mail: helms@webster.ac.at